

Gewerkschaftspolitik

Neue Entwicklungen bei den US-Gewerkschaften

Die alljährlichen Sitzungen des Exekutivrats („Executive Council“) der AFL-CIO pflegen seit dem Ausscheiden *Walter Reuthers* ohne nennenswerte Debatten vor sich zu gehen. Auch die diesjährige Tagung in Bai Harbour, Florida, in der zweiten Februarhälfte, machte darin keine Ausnahme. Wie üblich diente sie als Plattform für die Ankündigung von Schlüsselforderungen, als Forum für demokratische Präsidentschaftsaspirenten (*Miiskie*) und als Gelegenheit für inoffizielle Besprechungen mit Außenstehenden. Drei Punkten kam dabei eine gewisse Bedeutung zu.

Der erste Punkt war die — von *George Meany* in einer Pressekonferenz weiter detaillierte — *Kritik an der Nixonseben Wirtschaftspolitik*, auch in ihrer im neuen Budget zum Ausdruck gekommenen leicht revidierten Fassung, vor allem an ihren falschen sozialen Prioritäten. So wurde u. a. ein Hauptpunkt des Programms, die Steuerverteilung („Revenue Sharing“) an Einzelstaaten und Municipalitäten abgelehnt, welche diesen gestatten würde, die nationalen Prioritäten ihren eigenen unmittelbaren Bedürfnissen unterzuordnen, die weit stärker als die Politik von Bundesregierung und Kongreß unter dem Einfluß mächtiger Sonderinteressen stehen.

Ebenso wurde die geplante Kabinetts-Reorganisation abgelehnt, bei der das Arbeitsministerium in einem neuen wirtschaftlichen Riesenzernat aufginge, innerhalb dessen der Einfluß der Gewerkschaften weitgehend zerfallen würde. An der harten ökonomischen Wirklichkeit — steigende Arbeitslosigkeit bei steigenden Lebenshaltungskosten — stoßen sich die Versuche der politischen Werbung, mit denen Nixon im Herbst vorigen Jahres Ar-

beiterstimmen für die bevorstehenden Wahlen zu gewinnen hoffte — Versuche, die bei einem Teil der Gewerkschaftsführung auf Gegenliebe gestoßen waren. Die Resolution gegen die Nixonsche Wirtschaftspolitik ist Ausdruck der gewandelten Situation.

Der zweite wichtige Punkt war die Einleitung zur Rückkehr der UAW (Automobilarbeiter) und Teamster (Lasttransport, Lagerhaus-Arbeiter) und der mit ihnen in der ALA (Alliance for Labor Action) gruppierten kleineren Gewerkschaften in den Schoß der AFL-CIO. Der Boden für die inoffiziellen Kontakte zwischen ALA und AFL-CIO wurde u. a. dadurch erleichtert, daß mit dem Tod *Reuthers* das Element der persönlichen Feindschaft ausgeschaltet wurde. Zwischen *Leonard Woodcock*, *Reuthers* klugem und fähigem Nachfolger, und *George Meany* konnte sich ein vertrauensvolleres Verhältnis anbahnen, das u. a. in der Unterstützung des Streiks gegen General Motors durch die AFL-CIO zum Ausdruck kam. Ebenso hat sich mit der Führung der Teamster seit der Verurteilung ihres Präsidenten *James Hoffa* (in seiner Abwesenheit wird die Gewerkschaft von *Fitzsimmons* und *Gibbons* geleitet, die an seinen zweifelhaften Methoden nicht beteiligt waren) eine gewisse Zusammenarbeit angebahnt, neuerdings etwa in der Organisation kalifornischer Farmarbeiter.

Ihrerseits kam die von *Reuther* gegründete ALA in ihren Organisationsversuchen nie recht vom Fleck; sie wäre heute kaum ein Hindernis für den Wiedereintritt in die AFL-CIO. Schwieriger ist schon die Konkurrenz zwischen einzelnen Gewerkschaften; denn vielfach gehen die Organisationskämpfe nicht so sehr um die Erfassung bisher unorganisierter Arbeiter als darum, welche Gewerkschaft die tarifliche Vertretung bekommt und die Pensions- usw. Fonds verwaltet. So wird wohl die offizielle Rückkehr in den Schoß der AFL-CIO zumindest bei den beiden großen Gewerkschaften noch eine Weile dauern, auch wenn die lokale Zusammenarbeit sich erweitert. Im Hinblick auf die begrenzte Autorität der Spitzenführung der AFL-CIO bedeutet das keinen allzugroßen Unterschied.

Eine dritte bedeutsame Angelegenheit waren die Besprechungen des neuen Arbeitsministers *Hodgson* mit den in Bai Harbour anwesenden Spitzen der Baugewerkschaften. Der Minister versuchte vergeblich, deren Einwilligung zu einem Lohn- und Preisstop im Baugewerbe zu gewinnen. Nixon hatte sich bisher hartnäckig gegen jede Art genereller Einkommenspolitik gewehrt, sah aber im Baugewerbe einen Ausnahmefall — und eine Möglichkeit zu einer anti-inflationären Geste — weil die Fachgewerkschaften der Bauindustrie dank ihrer Monopol-Position in den letzten Jahren Lohnerhöhungen durchsetzen konnten,

die mit jährlich 15 bis 18 vH doppelt so hoch waren wie in der übrigen Industrie. Angesichts des Widerstands der Gewerkschaften wurde der Plan fallengelassen und ersetzt durch die Aufhebung einer gesetzlichen Bestimmung, die bei allen von der Bundesregierung unternommenen oder von ihr unterstützten Bauprojekten die jeweils in der betreffenden Region „vorherrschenden Löhne“ — de facto die jeweils höchsten Tariflöhne — als Mindestlöhne festgesetzt hatte. Auf den ersten Blick eine kräftige Handhabe gegen die Lohnsteigerungen, in Anbetracht der Tatsache, daß es sich bei den direkt oder indirekt von der Bundesregierung finanzierten Bauten um rund ein Drittel aller Bauprojekte handelt, bzw. wenn man berücksichtigt, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zur Zeit etwa 11 vH beträgt. Freilich, die um etwa ein Drittel niedrigeren „non-union“-Löhne finden keine Anwendung im sogenannten „Kontrakt-Bau“, d. h. in den durch Gewerkschaftskontrakte gesicherten Großbauten, und dazu gehören fast alle mit Regierungsmitteln unternommenen Projekte. Da außerdem die Bauarbeitergewerkschaften selbst den wenigen größeren Bauunternehmen an Macht weit überlegen sind, kann die Hauptwirkung der neuen Bestimmung allenfalls die einer gewissen Bremse bei neuen Tarifverhandlungen sein; eine nennenswerte zusätzliche anti-inflationäre Wirkung ist von ihr kaum zu erwarten. George Meany wies im übrigen mit Recht darauf hin, daß die Löhne nur einen Teil der überhöhten Baukosten darstellen, daß

vielmehr vor allem die übersteigerten Bodenkosten einen mindestens ebenso wesentlichen Faktor bilden, ohne daß die Regierung etwas dagegen unternehme.

Die Baugewerkschaften haben natürlich gegen die Maßnahme protestiert; doch werden sie von ihr de facto nicht sehr gestört. Es kann auch gar nicht in Nixons politischem Interesse liegen, diese aktivsten Anhänger seiner Vietnampolitik und seines Kampfes für „Gesetz und Ordnung“ allzusehr vor den Kopf zu stoßen.

Als pikantes Randgeschehnis wäre schließlich der Antrag einer etwa 8000 Mann starken Organisation von Polizeibeamten auf Aufnahme in die AFL-CIO zu erwähnen. Der Antrag wurde abgelehnt mit Rücksicht auf die dem Gewerkschaftsbund angehörende Gewerkschaft der einzelstaatlichen und Gemeindeangestellten, aus deren Reihen sich die neue Polizistenorganisation offenbar weitgehend rekrutierte. Möglicherweise wird das zu einem scharfen Konkurrenzkampf zwischen der neuen und der alten Organisation führen — auf einem Gebiet, das bis vor kurzem noch gewerkschaftliches Brachland war, auf dem die Beziehungen zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ im Fluß sind, wie der kürzliche Teilstreik der Polizei in New York offenbarte. Hier treten, vor allem in den Großstädten, neben die wirtschaftlichen politische Gegensätze, ganz abgesehen von der Auswirkung auf das Publikum.

George Günther Eckstein